

KURZ NOTIERT

Präsidentenwahl in Kenia für ungültig erklärt



Anhänger des Oppositionsführers Raila Odinga feiern in Kisumu. Foto: dpa

Nairobi. Der Oberste Gerichtshof in Kenia hat überraschend die Präsidentschaftswahl annulliert und eine Wiederholung angeordnet. Der Urnengang am 8. August sei von Unregelmäßigkeiten und Rechtsverstößen belastet gewesen, erklärte das Gericht gestern. Die Richter in Nairobi nannten das offizielle Endergebnis, das Amtsinhaber Uhuru Kenyatta zum Sieger erklärt hatte, „ungültig, null und nichtig“. Oppositionsführer Raila Odinga begrüßte das Urteil als „historisch“, seine Anhänger feierten. Von sieben Richtern stimmten fünf für die Annullierung der Wahl. Der Urnengang soll nun binnen 60 Tagen wiederholt werden. AFP

Toter Soldat: Bundeswehr räumt Versäumnisse ein

Berlin. Nach dem tödlichen Kollaps eines Soldaten und der Erkrankung dreier anderer bei einem Übungsmarsch im niedersächsischen Munster hat die Bundeswehr Fehler eingeräumt. Mehrere Fehlentscheidungen der Führungskräfte hätten zu den Gesundheitsproblemen beigetragen, heißt es in einer offiziellen Mitteilung. Am selben Tag hatte eine interne Untersuchungsgruppe ihren vorläufigen Abschlussbericht vorgelegt. Die Übung im Gelände hatte am 19. Juli stattgefunden. dpa

Firmen bauen Modelle für Trumps Grenzmauer



Washington. Die US-Regierung hat aus zahlreichen Bewerbungen vier Firmen ausgewählt, die Modelle für eine Grenzmauer zu Mexiko bauen sollen. Das gab das Weiße Haus am Donnerstag (Ortszeit) in Washington bekannt. Die zwischen sechs und zehn Meter hohen und zehn Meter langen Modelle sollen aus Beton gefertigt werden. Später sollen weitere Modelle aus anderen Materialien hinzukommen. Damit ist der Auswahlprozess für das Prestige-Projekt von US-Präsident Donald Trump (71, Foto: dpa) einen weiteren Schritt vorangekommen. Nur die Finanzierung fehlt. Bis auf 20 Millionen Dollar im laufenden Jahr hat der Kongress noch keine Mittel bereitgestellt. dpa

Nato-Mitglieder planen Reaktion auf Russland

Brüssel. Innerhalb der Nato wird darüber nachgedacht, wie auf einen Verstoß Russlands gegen ein Abkommen über nukleare Mittelstreckensysteme reagiert werden könnte. Nach Informationen von „Süddeutscher Zeitung“, NDR und WDR wurde im Bündnis dazu ein als geheim eingestuftes Papier an die Mitgliedsstaaten übermittelt. Es soll insgesamt 39 Optionen auflisten. So sei etwa von der Möglichkeit die Rede, die nukleare Abschreckung auszubauen. Zudem werde empfohlen, mehr Frühwarnsysteme zu installieren, die U-Boot-Abwehr zu verstärken und US-Bomber der Typen B-2 und B-52 häufiger in Europa einzusetzen. dpa

400 Tote nach Kämpfen in Myanmar

Cox's Bazar. Bei den Kämpfen im Westen Myanmars sind nach Armeeeinheiten binnen einer Woche etwa 400 Menschen getötet worden. 370 von ihnen gehörten der muslimischen Minderheit Rohingya an, teilten die Streitkräfte gestern mit. Zudem seien 15 Sicherheitskräfte und 14 Zivilisten getötet worden. Am Mittwoch hatte die Armee die Zahl der Opfer noch mit 110 angegeben. AFP

Viele Bürgermeister bemängeln Finanzlage

Berlin. Rund zwei Drittel der Bürgermeister in Deutschland sehen einer Umfrage zufolge die finanzielle Situation ihrer Gemeinde oder Stadt pessimistisch. 64 Prozent der 1500 befragten Amtsträger schätzen die Lage „weniger gut“ oder „schlecht“ ein, wie die vom „Kommunal“-Magazin des Deutschen Städte- und Gemeindebunds in Auftrag gegebene Forsa-Umfrage ergab. Nur im Süden ist die Stimmung eher positiv: Gut jeder zweite Bürgermeister (53 Prozent) in Bayern und Baden-Württemberg schätzt die Situation „gut“ oder „sehr gut“ ein. Im übrigen Bundesgebiet war das nur knapp jeder Vierte. dpa

Kurden-Bündnis nimmt Altstadt von Al-Rakka ein

Al-Rakka. Ein von Kurden angeführtes Bündnis hat nach eigenen Angaben die Altstadt der nordsyrischen IS-Hochburg Al-Rakka eingenommen. Damit hätten die Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) rund 65 Prozent der Stadt unter Kontrolle gebracht, erklärte ein Sprecher der Allianz gestern. Al-Rakka gilt als „Hauptstadt“ der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Syrien. Nach UN-Angeboten sind in der Stadt noch rund 20 000 Zivilisten eingeschlossen. Wegen der Kämpfe schweben sie in akuter Lebensgefahr. Zudem leiden sie unter einem massiven Mangel an Lebensmitteln. dpa

AfD soll über Parteispende aufklären

Berlin. Die Bundestagsverwaltung geht einer zweifelhaften Wahlwerbung für die Alternative für Deutschland (AfD) nach. Sie verlangt von der AfD Stellungnahmen zu drei Komplexen, die im Zusammenhang mit einer Schweizer Werbeagentur stehen. Das sagte ein Sprecher des Bundestags gestern. Hintergrund ist der Vorwurf, die AfD könnte von der Firma illegale Parteispenden angenommen haben. Die AfD erklärte, von ihr sei dazu keine Initiative ausgegangen. dpa

Sicherungsverwahrung für Zschäpe im Gespräch

München. Die Bundesanwaltschaft sieht im Münchner NSU-Prozess bei der Hauptangeklagten Beate Zschäpe (42, Foto: dpa) die Voraussetzungen für eine Sicherungsverwahrung gegeben. Dies sagte die Vertreterin der Karlsruher Anklagebehörde, Oberstaatsanwältin Anette Greger, gestern bei der rechtlichen Bewertung der Vorwürfe gegen Zschäpe im Prozess vor dem Oberlandesgericht. Für die Anklage ist Zschäpe der Mittäterschaft an zehnfachen Mord sowie des versuchten Mordes in mehr als 30 Fällen und weiterer Straftaten schuldig. Das Plädoyer der Bundesanwaltschaft endete gestern auch nach sieben Tagen noch nicht. AFP

Die Kunst der politischen Rede

Gold im Mund: Der Verband der Redenschreiber sucht den besten Wahlkampfredner unter den Spitzenpolitikern.

Von Monika Werner-Staude

Bonn. Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Im Bundestagswahlkampf gilt dieser Spruch nicht. Hier kann eine gute Rede Gold wert sein, heißt: Stimmen bringen. Immerhin sollen laut Umfragen viele Wähler noch unentschieden sein (laut Institut für Demoskopie Allensbach 46 Prozent). Was eine gute Rede ausmacht, weiß der Verband der Redenschreiber deutscher Sprache (VRdS). In diesen Tagen sucht er den besten Redner unter Deutschlands Spitzenpolitikern.

Der Straßenwahlkampf hat begonnen, „das ist Reden in Realtime“, schwärmt Anja Martin. Die Autorin, Redenschreiberin und Sprecherin des VRdS, gehört zu dem elfköpfigen Team, das derzeit ehrenamtlich Schulz, Merkel und Co. auf den Zahn fühlt. Um die Neutralität zu wahren, wird ein Redner von zwei Analysten unabhängig voneinander beurteilt. „Die Politiker müssen ins kalte Wasser springen, spontan reagieren auf Fragen wie Störer.“



Eine Herausforderung auch für die Juroren, die nicht nachlesen können, sondern die direkte Wirkung beurteilen müssen. „Das ist im Grunde die klassische Rede im Forum Romanum oder wie eine Speakers Corner in Deutschland“, beschreibt Anja Martin.

Der Inhalt einer politischen Rede wird nicht bewertet

Bewertet wird nach neun Kriterien, für die Punkte vergeben werden: Aufbau, Sprache, Stil, Argumentation, Vortrag, Selbstdarstellung, Inszenierung, Wirkung, Gesamteindruck. „Es geht um Empathie, Offenheit, ob die Sprache Bilder im Kopf entstehen lässt, die zum Handeln drängen“, erklärt die 55-Jährige. Umgekehrt tötet ein langweiliger, lustloser Vortrag eine Rede



Eine gute Rede kann erklären, ermahnen oder im besten Fall Identität stiften. Das Forum Romanum war das Herzstück Roms, mit Reden wurde dort Politik gemacht. Joschka Fischer, Joachim Gauck oder Gregor Gysi (v. oben nach unten) zählen heute zu den guten Rednern im Politgeschäft. Fotos: imago/dpa/Sieber

oder wird zur Propaganda, wenn er Ängste bedient. Grundsätzlich nicht bewertet wird dagegen der Inhalt. Aber, so die Bonnerin weiter, zum Stil gehöre durchaus auch der Umgang mit Fakten, die Aufrichtigkeit. Die Gutachten der Profis werden anschließend verglichen, ausgewertet, der Sieger ermittelt. Koordiniert wird die Aktion durch Antje Hermenau, die selbst im Bundestag saß, und Rhetorikcoach Hans-Georg Roth, der schon für Franz-Josef Strauß schrieb. Bereits zum dritten Mal sucht der VRdS den besten Wahlkampfredner. Erster Sieger war 2009 Guido Westerwelle, vor vier Jahren folgte Gregor Gysi, „ein Paradebeispiel eines guten Redners, der komplexe Sachverhalte gut erklärt, auf sein Publikum eingeht und den roten Faden nicht verliert.“ Auch Martin Schulz wurde bereits ausgezeichnet, 2014, im Europawahlkampf. Martin: „Doch jetzt ist er Kanzlerkandidat, muss zugewandt sein, muss begeistern. Ich bin gespannt, wie er die Rolle annimmt.“ Und was fällt ihr zu

Angela Merkel ein? Die sei sicherlich kein Feuerwerk, aber als Kanzlerin auch in einer anderen Rolle. Was aber nicht ausschließe, dass sie trotz Zeitdrucks auf andere Menschen eingehe. Gespannt ist Martin auch auf die Spitzenpolitiker der kleinen Parteien, die sich durchaus Hoffnungen auf eine Regierungsbeteiligung machen. Kernfrage auch hier: Wie versuchen die Politiker das Publikum zu überzeugen? Dabei müssen sie – im Unterschied zu anderen Rednern – auch Widerstrebendes vereinen: Haltung zeigen und Konsens erzielen, zuspitzen und eine größere Zielgruppe erreichen – weil sie ja gewählt werden wollen.

Früher waren die Politiker keine besseren Redner

Dass Politiker früherer Generationen wie Wehner oder Strauß bessere Redner waren, findet Anja Martin nicht. Im Gegenteil seien Politiker heute durchweg geschulter, „weil überall (digitale) Medien sind“. Früher verschwand der Politiker nach seiner Rede aus der Öffentlichkeit wieder, heute



Anja Martin gehört zu dem elfköpfigen Team, das die Politikerreden bewertet. Fotorechte: Anja Martin



VRDS

FACHVERBAND Der Verband der Redenschreiber deutscher Sprache wurde im Jahr 1998 in Bonn durch den Juristen und Redenschreiber Thilo von Trotha gegründet. Er hat heute etwa 480 Mitglieder. Sein zentrales Ziel ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Redenschreiber und Ghostwriter. Außerdem setzt er sich für die Rede- und Debattekultur ein. Der VRdS ist als Lobbyverband beim Deutschen Bundestag registriert. vrds.de

steht er, in Echtzeit zu jeder Zeit unter Beobachtung“. Kein Wunder, dass zunehmend Ghostwriter helfen. Ein guter Redenschreiber, weiß Martin, nimmt sich total zurück, geht auf die Diktion, auf den Rhythmus des Vortragenden ein. Und er coacht ihn. Was auch die Körperhaltung einschließt, etwa wo er seine Hände hält. Ob die Merkel-Raute so entstanden ist, weiß Martin zwar nicht, aber, dass Coaching durchaus übertrieben werden

kann: „Es gibt Bücher, die alles bis ins Detail vorschreiben, das führt zu verkramptem Auftreten.“

Am 15. September, neun Tage vor der Wahl, will der VRdS seine Entscheidung bekannt geben. Eine Beeinflussung sieht Martin darin nicht, aber „indem wir sagen, wer vernünftig redet, wollen wir durchaus die Diskussion um die Redekultur befeuern.“ Und so auch einen Beitrag zur Demokratie leisten.

Union will schärfere Sicherheitsgesetze

„Berliner Erklärung“ von Ministern aus Bund und Ländern. Kritik von SPD und Grünen.

Berlin. Die Union will in der nächsten Legislaturperiode die Polizei verstärken und Gesetze verschärfen, um Kriminalität, Terrorismus und Extremismus effektiver zu bekämpfen. „Wir stehen für einen starken Staat, der die Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz seiner Bürger ernst nimmt“, heißt es in gestern veröffentlichten „Berliner Erklärung“. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) stellte sie gemeinsam mit den der Union angehörenden Innen- und Justizministern der Länder vor.

Eine optimale Zusammenarbeit von Bund und Ländern, besonders von Polizei, Nachrichtendienst und Justiz sei entscheidend für die Sicherheit in Deutschland, heißt es in der Erklärung. Polizei und Sicherheitsbehörden müssten personell gestärkt und mit modernster Ausstattung versehen werden. Das Strafrecht müsse

an das Internet-Zeitalter angepasst, der Straftatbestand des Landfriedensbruchs verschärft und die Strafprozessordnung reformiert werden.

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) wies die Vorschläge der Union zurück. „Wichtiger als andauernd neue Gesetze zu fordern, ist der konsequente Vollzug der vorhandenen Regeln“, sagte Maas. Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) betonte, in Deutschland gebe es „kein Gesetzesdefizit, sondern ein Vollzugsdefizit“.

Für die Grünen kritisierte die Vorsitzende des Rechtsausschusses, Renate Künast: „Die Vorschläge bringen gar nichts. Sie sind lediglich verbales Wahlkampfgeklänge.“ Grüne Justizminister und -senatoren betonten in einer gemeinsamen Erklärung, die Forderungen der Union seien „geprägt von dem Leitbild eines autoritären Überwachungsstaates“.

Gabriel: Afrika-Hilfe statt Waffen

Außenminister will 1,5 Euro Hilfgelder für jeden Rüstungs-Euro.

Von Ulli Tückmantel

Tönisvorst. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) hat seine Ablehnung bekräftigt, künftig zwei Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts gemäß einer Nato-Vereinbarung auszugeben, der „der Koalitionspartner zu meinem Entsetzen zugestimmt hat.“

Den verhängnisvollen Trend der steigenden Rüstungsausgaben müssen man umkehren: „Mir wäre lieber, wir würden für einen Euro Rüstungsausgaben 1,5 Euro für nachhaltige Entwicklung und Prävention ausgeben“, so Gabriel. Auch Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz bestätigten ihm, dass sie eine derartige Steigerung der Rüstungsausgaben nicht für sinnvoll hielten.

Sprach Außenminister sprach am Freitag bei einem Wahlkampf-Besuch des Medika-

menten-Hilfswerks „action medeor“ im niederrheinischen Tönisvorst. Nach Ansicht Gabriels, der kürzlich Somalia und den Süd-Sudan besucht hat, steht die Welt „vor einem afrikanischen Jahrhundert“. Der Kontinent werde seine Einwohnerzahl binnen eines Jahrzehnts verdoppeln. In vielen Ländern sei die Lage heute schlimmer denn je.

Der Außenminister schilderte, wie in afrikanischen Ländern, die besonders hart von den Flüchtlingsbewegungen innerhalb des Kontinents betroffen seien, allein die Schulversorgung von Kindern schlicht an einem Mangel an Gebäuden scheitere. Die Arbeit von Hilfswerken wie der Tönisvorster „action medeor“

könne man angesichts der großen Herausforderungen gar nicht genug loben.

Umso so schlimmer sei es, wenn die USA unter Präsident Trump ihre Rüstungsausgaben zulasten der Entwicklungshilfe aufstocken wollten. Gabriel: „Wir sollen nach Trumps Vorstellungen 70 Milliarden Euro für Verteidigung ausgeben. Der ganze Bundeshaushalt hat nur 300 Milliarden Euro.“

Auf seine persönliche Zukunft angesprochen (im Falle eines Wahlsiegs von Martin Schulz – für den er weiter kämpft – könnte er keinesfalls Außenminister bleiben), sagte Gabriel: „Mit 57 Jahren und drei Töchtern zuhause stellt man sich andere Fragen als nach dem 25. September.“ Was immer man als Politiker tue, dürfe man nicht im Denken daran tun, was es für ein späteres Ziel einmal nützen könne, sonst tue man heute nicht mehr das, was helfe.

Bundesaußenminister Gabriel (SPD): „Welt steht vor afrikanischem Jahrhundert.“ Foto: Friedhelm Reimann

